¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 853 Mittwoch, 29. April 2026 33. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Zum Tag von Mutter Erde: Proteste von Campesin@s und Studierenden ***1***

Deutscher Richterbund verleiht in Weimar Menschenrechtspreis an Miguel Ángel Galvez ***3***

Im Wortlaut: Die Rede von Galvez am 15. April 2026 in Weimar 3

Über die Buchmesse 2026 in Guatemala ***4***

Wer sind die sechs übriggebliebenen Kandidat*innen für die Generalstaatsanwaltschaft? ***4***

Eilmeldung: Und schon ist die Liste wieder einkassiert! 6

Zum Tag von Mutter Erde: Proteste von Campesin@s und Studierenden

Guatemala, 22. April - Anlässlich des Internationalen Tages von Madre Tierra (Mutter Erde) verliessen Hunderte von Campesin@s ihre Gemeinden und ihre Arbeit, um am 22. April an dem friedlichen Marsch teilzunehmen, zu dem das Komitee der Bäuer*innen des Altiplano (CCDA), das Komitee für bäuerliche Entwicklung (CODECA), die Nationale Kampffront (FNL) und Studierende der Universität San Carlos de Guatemala (USAC) aufgerufen hatten.
„Land verkauft man nicht, Land verteidigt man“ war einer der Slogans, die in den Demonstrationszügen zu hören waren, die von vier Punkten in Guatemala-Stadt aus starteten: El Trébol, Obelisco, Calle Martí und Periférico. Obwohl der Beginn der Demonstration für 8:00 Uhr vorgesehen war, trafen bereits ab 4:30 Uhr morgens Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche in der Umgebung der als Startpunkte ausgewiesenen Orte ein.

Einige waren bereits am Dienstagabend angereist, um ihre Rechte einzufordern, die vielen gar nicht bewusst seien.
Magdalena Morente, die aus Cubulco, einer Gemeinde in Salamá im Departement Baja Verapaz, stammt, reiste zusammen mit neun weiteren Vertreter*innen ihrer Gemeinde sechs Stunden lang an. Wie sie gegenüber Prensa Comunitaria berichtete, hatten sie bereits um 22:00 Uhr ihre täglichen Arbeiten unterbrochen, um an dem Marsch teilzunehmen. Sie ist seit 12 Jahren Mitglied bei CODECA und erklärte, dass sie dort gelernt habe, dass der Staat die Grundrechte einer Bevölkerung garantieren müsse, die grösstenteils vernachlässigt, kriminalisiert und ihres Landes beraubt worden seien.
Magdalena erinnerte daran, dass die Organisation der Bäuer*innen in ihrer Gemeinde zu Beginn vor allem den Zugang zu Strom gefordert hatte. Zwar verfügte sie eine Zeit lang über diese Grundversorgung, kündigte den Vertrag jedoch aufgrund der hohen Kosten. Eine der Forderungen des Marsches ist es daher, die Regierung aufzufordern, die Stromversorgung zu verstaatlichen und die Vergabe von Konzessionen an Konzerne wie ENERGUATE und EEGSA einzustellen.
Magdalena marschierte gemeinsam mit anderen Landwirt*innen, die in El Trébol ankamen; nach etwa vier Stunden zogen sie die Avenida Bolívar entlang, vorbei am Justizpalast, dem Kongress und dem Nationalpalast.

Obwohl die Erschöpfung deutlich zu spüren war, ist Magdalena überzeugt, dass die Unterstützung dieser Demonstration angesichts der prekären Lage, des mangelnden Zugangs zu Gesundheitsversorgung und Bildung, der fehlenden Grundversorgung, der steigenden Lebenshaltungskosten und der Zwangsräumungen, unter denen die Menschen im Landesinneren leiden, notwendig ist. „Wenn wir uns nicht wehren, übernehmen die Korrupten die Macht, denn gerade jetzt erhöhen die Abgeordneten ihre Gehälter, während wir in den Dörfern und Weilern unter den hohen Lebenshaltungskosten leiden. Das Leben in Würde ist schon jetzt kaum möglich“, sagte Magdalena, die zu den Bäuer*innen gehört, die in Baja Verapaz Kaffee ernten und anbauen. Mit dem Anstieg der Benzinpreise sind auch die Preise für Dünger und Insektizide für diesen Anbau gestiegen. „Viele haben kein Interesse daran, sich zu organisieren, aber ich schon, weil ich Kinder und Enkelkinder habe“, betonte Magdalena.

Kriminalisierung und das Abkommen von Escazú
Auf den Parolen und Plakaten, die die Bäuer*innen trugen, standen die Verteidigung des Landes und seiner natürlichen Ressourcen gegen den Rohstoffabbau, die Forderung nach einem Wassergesetz, das ihren Bedürfnissen entspricht und

nicht denen der Machtgruppen, sowie die Beendigung der Kriminalisierung und Verfolgung von Gemeindeautoritäten und Landrechtsaktivist*innen im Vordergrund.

Leocadio Juracán, Vorsitzender des CCDA, erklärte, diese Kundgebung diene dazu, ihre Unzufriedenheit über die Vernachlässigung des ländlichen Raums zum Ausdruck zu bringen: „Die Forderungen der Bäuer*innen wurden nicht berücksichtigt, im Gegenteil, die Kriminalisierung wurde verstärkt, was eine Verletzung der Menschenrechte darstellt".
Der ehemalige Abgeordnete wurde 2025 am Flughafen La Aurora festgenommen, als er sich auf den Weg zu einer internationalen Konferenz in Südafrika machen wollte. Ihm wurden Landfriedensbruch [*durch eine Landbesetzung, d. Red.*] und die Verursachung von Waldbränden vorgeworfen. Im August desselben Jahres wurde er auf Bewährung freigelassen. Ein Richter in Izabal leitete ein Verfahren gegen ihn ein, das sich ausschliesslich auf das Delikt des Landfriedensbruchs bezog, und setzte eine Kaution in Höhe von 50.000 Quetzales [*etwa 5.500 €]* fest. Menschenrechtsorganisationen betrachten den Fall Juracán als Teil der Kriminalisierung von Gemeindevertreter*innen, die während der Amtszeit der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras zugenommen habe.

Während des Marsches forderten die Landwirt*innen und die Angehörigen der USAC von Präsident Bernardo Arévalo die Ernennung einer geeigneten Person für das Amt der Leitung der Staatsanwaltschaft. Diese Woche hat die Nominierungskommission die endgültige Kandidat*innenliste fertiggestellt, und die Exekutive hat deren Erhalt bereits bestätigt. Obwohl Porras nicht dabei ist, gibt es auf der Liste Personen mit Verbindungen zur Korruption [*s.u., d. Red.*].

Eine weitere Forderung war, dass der Staat Guatemala das Escazú-Abkommen ratifiziert, als Rahmen für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und von Mutter Erde. Dieses Abkommen ist der erste Umweltvertrag Lateinamerikas und der Karibik. Er wurde 2018 verabschiedet und in ihm werden der Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit und Gerechtigkeit in Umweltangelegenheiten garantiert. Es ist aber auch der weltweit erste Vertrag, der spezifische Bestimmungen zu Menschenrechtsverteidiger*innen in Umweltangelegenheiten enthält: „Die Regierung von Arévalo hat sich gegenüber dem Bedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung, Zugang zu Land zu erhalten, um zu leben und sich zu ernähren, gleichgültig gezeigt und die Vertreibungen fortgesetzt, durch die täglich Hunderte von Familien vertrieben werden, ohne ihnen eine Alternative zu bieten. Dabei wird der Einsatz von Gewalt priorisiert und den Grossgrundbesitzer*innen Polizei- und Armeeangehörige zur Verfügung gestellt, um die Gemeinden anzugreifen", sagte ein Vertreter von CODECA auf dem Platz vor dem Kongress.

Die Demonstrant*innen verurteilten zudem die Kommerzialisierung von Mutter Erde durch Massnahmen wie die Privatisierung des Wassers. Die Organisationen kritisierten, dass das Wassergesetz hinter dem Rücken der Gemeinden ausgearbeitet worden sei, obwohl diese die Hauptgaranten dieser natürlichen Ressource sind. „Wir verurteilen die Kommerzialisierung von Mutter Erde, denn sie ist keine Ressource, sondern eine Garantin von Rechten", heisst es in der Erklärung, die von den an der Demonstration beteiligten Organisationen verfasst wurde.

Vor dem Nationalpalast wurde eine Bühne aufgebaut, auf der Vertreter*innen der 22 Departements ihre Forderungen vortragen konnten. Unter den Teilnehmenden befand sich auch die ehemalige Präsidentschaftskandidatin der Bewegung zur Befreiung der Völker (MLP), dem politischen Arm der CODECA: Thelma Cabrera. Sie plädierte in ihrer Rede dafür, dass die die Gemeinden und Kommunen ihre Ernährungssouveränität erreichen müssten. Zudem warnte sie, dass man in Wahlkampfzeiten oft sehe, wie Bürgermeister*innen und Abgeordnete Fotos publizierten, auf denen angebliche Wohltaten für jene Regionen dargeboten werden würden, die in den übrigen Zeit der Wahlperiode vergessen würden: „Wir fordern, dass es Subventionen für Bäuer*innen gibt und nicht für private Unternehmen. Wir fordern auch, dass die Regierung unsere Souveränität nicht weiter an die Gringos abgibt. Wir, die indigenen Völker, haben ein Recht darauf."

Universitätsangehörige und ihre Aktionen
„Die USAC ist kein Labor für Betrug", stand auf einem der Transparente, die die Studierenden trugen, als sie vom Centro Universitario Metropolitano (CUM) zum Trébol aufbrachen, wo sich die Campesin@s versammelt hatten.

Sergio Cano, einer der Vertreter der studentischen Bewegung, sagte, die institutionelle Krise, die die USAC durchlaufe, sei ein Spiegelbild dessen, was auf institutioneller Ebene hinsichtlich der Vereinnahmung der Justiz geschehe: bei den Wahlen innerhalb der Justiz blieben Personen mit Verbindungen zur Korruption in Schlüsselpositionen – innerhalb des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichtshofs und der Staatsanwaltschaft. Zudem prangerte er an, dass auch Arévalo während seiner Amtszeit auf der Seite der Wirtschaftseliten und des US-Imperialismus gestanden habe und nicht auf der Seite der Bäuer*innen und Arbeiter*innen: „Es spielt keine Rolle, ob alle vier Jahre die Gesichter in den staatlichen Institutionen wechseln, denn Korruption und Armut schreiten einfach weiter voran."

Seit dem 8. April, als Walter Mazariegos mit seiner betrügerischen Wiederwahl die Übernahme der USAC besiegelte, hat die widerständige Universitätsgemeinschaft Mahnwachen, Proteste vor dem Hauptcampus und anderen Standorten des Landes sowie kostenlose medizinische und Beratungsaktionen durchgeführt, um ihre Ablehnung gegenüber der Krise zum Ausdruck zu bringen, die die einzige öffentliche Universität des Landes durchlebt. Laut Cano prüfen sie derzeit, welche Massnahmen sie weiterhin ergreifen werden, wie zum Beispiel die Durchführung von kostenlosen medizinischen und kostenlosen Beratungsaktionen in den ärmeren Barrios der Hauptstadt. (Prensa Comunitaria)

Deutscher Richterbund verleiht in Weimar Menschenrechtspreis an Miguel Ángel Galvez

Weimar, 22. April – Der Deutsche Richterbund [*so der offizielle Name, daher hier kein Gendern, d. Red.*] übergab am 15. April einen Menschenrechtspreis an Miguel Ángel Galvez, der bis zum Exil 2022 als Richter in Guatemala tätig war. Die Verleihung fand vier Jahre später in Weimar statt, etwa 9.600 Kilometer von der Altstadt von Guatemala-Stadt entfernt.

Seine Rede vor etwa 500 Jurist*innen im Congress-Zentrum Neue Weimarhalle dauerte 12 Minuten und in dieser widmete er seine Anerkennung allen Justizangehörigen, die im Exil leben. Einige Minuten später bezog sich Iván Velásquez Gómez, ex-Leiter der Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) auf die Ausführungen von Galvez und den Kontext der Vereinnahmung der Justiz in Guatemala.
In seiner Rede sprach Galvez von drei Wellen der Kriminalisierung in Guatemala: die erste begann mit dem Extraktivismus in den Territorien der indigenen Gemeinden nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags 1996. Die zweite Welle begann 2019 mit dem Rausschmiss der CICIG und der Verfolgung und Inhaftierung von Justizangehörigen und der Unterwanderung der Staatsanwaltschaft (MP). Die dritte Welle begann 2023 mit der Verteidigung der Demokratie durch die Bürger*innen und die indigenen Völker.

Im Wortlaut: Die Rede von Galvez am 15. April 2026 in Weimar

Ich bedanke mich beim Deutschen Richterbund, dass sie mir auf dem 24. Richter- und Staatsanwaltstag [auch hier der offizielle Titel, insofern nicht verändert, d. Red.] den Menschenrechtspreis verliehen hat. Das ist eine wichtige internationale Anerkennung für meine Arbeit als Richter und zeigt das Engagement des Richterbundes für einen unabhängigen Rechtsstaat im eigenen Land, aber auch in anderen Ländern.
Guatemala steht vor einem entscheidenden Moment für seine demokratische Stabilität und die Stärkung seiner Institutionen. Es ist ein Moment, der Generationen prägen wird, diejenigen herausfordert, die historisch gesehen die verfassungsmässige Ordnung verteidigt haben, und die neuen Generationen in die Pflicht nimmt, die integre, unabhängige und die Grundrechte achtende Institutionen einzufordern. Die Entscheidungen, die heute getroffen werden, bestimmen nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Art von Republik, die künftige Generationen erben werden.
Unser Land ist keine einheitliche Nation, sondern ein pluralistischer und vielfältiger Staat, der durch die Würde und die Geschichte seiner Völker zutiefst bereichert wird. Diese Vielfalt ist keine Schwäche, sondern seine größte Stärke. Es waren insbesondere die indigenen Völker, die organisierten Gemeinschaften, die Frauen und die Jugend, die selbst in den schwierigsten Zeiten die Verteidigung des Territoriums, der Erinnerung und der Gerechtigkeit aufrechterhalten haben. Die nationale Realität zeigt jedoch schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die Verfolgung unabhängiger Justizakteure und eine besorgniserregende Aushöhlung der demokratischen Garantien. Angesichts dessen darf die Verfassung kein blosses Symbol sein, sondern sie ist die Grenze der Macht und die Garantie der Menschenwürde in all ihren kulturellen, sozialen und gemeinschaftlichen Ausdrucksformen.

Über zwei Jahrzehnte lang war ich Richter in Guatemala. Ich war an verschiedenen Gerichten tätig, insbesondere an den risikoreichsten, wo das Recht nicht unter neutralen Bedingungen, sondern unter echtem Druck angewendet wird. Dabei wurde mir bewusst, dass richterliche Unabhängigkeit kein akademisches Konstrukt ist, sondern eine tägliche Praxis, die Gelassenheit, Standhaftigkeit und ethische Überzeugung erfordert. Die in diesen Gerichten getroffenen Entscheidungen klärten nicht nur Einzelfälle; sie legten fest, ob der Staat bereit war, das Recht ohne Privilegien und Ausnahmen anzuwenden. Ich habe auch gelernt, dass Gerechtigkeit nicht mit dem Rücken zum Volk aufgebaut werden kann; sie hat die Pflicht, den Rechtspluralismus zu gewährleisten und den wirksamen Schutz kollektiver Rechte zu respektieren, die sowohl in der Verfassung als auch in internationalen Instrumenten anerkannt sind. Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet nicht Uniformität; sie bedeutet Anerkennung und wirksamen Schutz der Vielfalt.

Guatemala kennt die Folgen der Vereinnahmung der Institutionen. Die Instrumentalisierung des Strafrechts, der Druck auf unabhängige Justizakteure und die Aushöhlung von Antikorruptionsverfahren haben das Vertrauen der Bürger*innen geschwächt. Wenn die Justiz zum Machtinstrument wird und nicht zur Machtbegrenzung, leidet die Republik darunter – und diejenigen, die historisch ausgegrenzt wurden, sind die ersten, die darunter leiden.

Heute befinde ich mich im Exil. Nicht aus eigener Entscheidung, sondern als Folge eines Umfelds, in dem die Unabhängigkeit als Richter ihren Preis hatte. Das Exil hat mir ermöglicht, tiefgreifend über unser Land nachzudenken; ich habe unsere Energie, unsere kulturelle Vielfalt, unsere indigenen Sprachen und vor allem die demokratische Lebendigkeit vermisst. Aber ich habe auch studiert, gearbeitet und mir andere vergleichbare Erfahrungen angehört. Ich habe mich weiter in Menschenrechten und internationalem Recht fortgebildet. Diese Erfahrung hat mein Engagement keineswegs geschwächt, sondern bekräftigt.

Guatemala braucht keine Justiz, die sich nach politischen Gegebenheiten richtet. Es braucht eine unbestechliche, fachkundige Justiz, die sich der Vielfalt, aus der sich die Nation zusammensetzt, zutiefst bewusst ist. Ein in Unabhängigkeit gefälltes Urteil kann den Verfassungsvertrag, der uns verbindet, stärken oder schwächen.

Diese Auszeichnung unterstreicht die entschiedene Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, des ordnungsgemäßen Verfahrens und der demokratischen Institutionen – Grundsätze, die für den Schutz der Menschenrechte und die Geltung der

Rechtsstaatlichkeit in der Region von wesentlicher Bedeutung sind. Ich nehme diese Auszeichnung mit tiefer Dankbarkeit und Demut entgegen. Der Preis gehört nicht nur mir allein, sondern auch meinen Kolleg*innen in Guatemala und Mittelamerika, die wie ich im Exil leben, weil sie die richterliche Unabhängigkeit unerschütterlich verteidigt haben.

Die Zeiten, in denen wir leben, erfordern standhafte Richter*innen mit in sich ruhender Überzeugung und unerschütterlichem Mut, die dem Gesetz, der Verfassung und dem Völkerrecht zutiefst verpflichtet sind.
Diese Auszeichnung ist auch eine Botschaft an die Richter*innen weltweit, denn die Verteidigung einer unabhängigen Justiz muss entschlossen und unerschrocken sein und stets unter strikter Achtung des Rechts erfolgen. Lassen wir die Hoffnung lebendig bleiben; die Gerechtigkeit wird siegen. Diese internationale Anerkennung ist zudem eine Botschaft der Solidarität und Unterstützung für diejenigen, die als Richter*innen Druck, Verfolgung oder Exil erdulden mussten, weil sie ihrer Pflicht nachkamen, eine unparteiische und unabhängige Justiz zu gewährleisten.

Deutschland zeichnet sich durch seine Solidarität aus, insbesondere durch die Gewährleistung des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit in jeder Demokratie. Als ich Guatemala verliess, war Deutschland das erste Land, in das ich unter der Schirmherrschaft von Brot für die Welt reiste. Dies zeigt sich auch bei den derzeit in Guatemala stattfindenden Wahlen im Justizwesen, zu denen Richter*innen und Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Schweden, Norwegen und Polen das Land besucht haben. Mitglieder der Richtervereinigung (UIM) werden am 16. April ihren Abschlussbericht über die Beobachtungen des Wahlprozesses zum Generalstaatsanwalt und die Situation der richterlichen Unabhängigkeit vorlegen. Die Gerechtigkeit wird siegen! Mein aufrichtiger Dank! (Prensa Comunitaria)

Über die Buchmesse 2026 in Guatemala

Guatemala, 22. April - Die Buchmesse 2026 hat in Guatemala-Stadt ihre Pforten geöffnet und füllt die Altstadt mit Kultur und Leben. Nach Angaben der Hauptstadtverwaltung (MuniGuate) reiht sich diese Veranstaltung in die Feierlichkeiten zum 250-jährigen Bestehen der Stadt ein und ist damit ein attraktives Angebot für Anwohner*innen und Besucher*innen. Die Messe bringt Leser*innen aller Altersgruppen zusammen und bietet eine große Auswahl an Titeln, von Romanen bis hin zu Sach- und Kinderbüchern.
Die Messe findet vom 20. April bis zum 3. Mai im Parque Centenario statt, der sich in Zone 1 der Hauptstadt befindet. MuniGuate teilte mit, dass die Öffnungszeiten von 8:30 bis 18:00 Uhr seien und der Eintritt für alle kostenlos sei. (...) Demnach können die Besucher*innen Rabatte in verschiedenen Buchkategorien erhalten. Das Angebot umfasst unter anderem Titel aus den Bereichen Geschichte, Bildung, Literatur und Kinderliteratur.
Die Veranstaltung wird vom Verband der Buchhändler*innen Guatemalas (ASLIGUA) mit Unterstützung von MuniGuate organisiert und ist Teil der Bemühungen zur Förderung kultureller Räume. Unter dem Motto „Ein offenes Fenster zur Kultur“ möchte die Messe das Lesen auf zugängliche Weise näherbringen und die Lesegewohnheiten in der Bevölkerung fördern. Laut MuniGuate beschränkt sich die Veranstaltung nicht nur auf den Verkauf von Büchern, sondern umfasst auch literarische Aktivitäten und Mitmachaktionen. So werde die Buchmesse zu einem Ort des Austauschs, Lernens und Geniessens mit der Familie oder mit Freund*innen. Eine weitere Attraktion sind die Verlosungen und Buchgeschenke, die über die sozialen Netzwerke von ASLIGUA, v.a. auf Facebook, stattfinden werden. (La Hora)

Wer sind die sechs übriggebliebenen Kandidat*innen für die Generalstaatsanwaltschaft?

Guatemala, 21. April - Die Nominierungskommission für die Wahl der Leitung der Generalstaatsanwaltschaft hat am 20. April die Liste der verbliebenen Kandidat*innen fertiggestellt, über die nun Präsident Bernardo Arévalo entscheidet. Der Präsident wird die Nachfolge von María Consuelo Porras benennen, die dieses Amt im kommenden Mai antreten soll. Der Prozess zur Erstellung der Liste erstreckte sich über mehr als vier Runden und dauerte bis zum letzten Moment, als sich die Kommissionsmitglieder schliesslich für Nector Guilebaldo de León Ramírez entschieden, der als letzter Kandidat in die Liste aufgenommen wurde, die an Arévalo übermittelt wird.
Dies ist das Profil der sechs Kandidat*innen, gelistet in der Reihenfolge, in der sie in die Liste aufgenommen wurden:

1. BEYLA ADALY XIOMARA ESTRADA BARRIENTOS
Estrada Barrientos, die als Erste in die Liste aufgenommen wurde, hat einen Doktortitel in Strafrechtswissenschaften (Summa Cum Laude) der USAC und einen Master in Rechtstheorie und juristischer Argumentation der Universität Salamanca, Spanien. Ihre akademische Laufbahn umfasst eine Tätigkeit als Doktorandenbetreuerin der USAC und als Referentin an der Escuela de Estudios Judiciales (Schule der Juristischen Studien) zu Themen der Ethik und der Disziplinarverfahren. Im Februar 2023 wurde sie Vorsitzende des Disziplinarausschusses der Justizbehörde. Zuvor war sie Richterin der Dritten Berufungskammer für Strafsachen (2014–2023). (...) Sie ist mit Alfredo Brito verheiratet, ehemaliger Pressesprecher des Präsidialamts während der Amtszeit von Morales. Ihre Amtsführung in der Dritten Berufungskammer wurde in Berichten von Impunity Watch aufgrund von administrativer Ineffizienz kritisiert. Neben ihrer richterlichen Tätigkeit war sie als Rechtsberaterin in verschiedenen Institutionen tätig, darunter dem Nationalen Personenregister (RENAP), dem Kongress und der Obersten Rechnungsprüfungsbehörde. Während ihrer Amtszeit in der Dritten Kammer war Estrada Barrientos an Entscheidungen beteiligt, die hochrangigen Persönlichkeiten aus Politik und Militär

zugutekamen. Hervorzuheben sind insbesondere der 2018 Igor Bitkov gewährte Rechtsschutz [dieser unterstützte Jimmy Morales bei der Verbannung der CICIG, d. Red.], die Bestätigung von Bewährungsmassnahmen für Gustavo Alejos [verstrickt in einige Korruptionsfälle, v.a. im Gesundheitswesen, d Red.] sowie der Hausarrest für den Bruder und den Sohn des damaligen Präsidenten Morales im Fall „Botín Propiedad". Zudem wies ihre Kammer das Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister Álvaro Arzú zurück und hob die Verurteilung der Militärs Jacobo Salán und Napoleón Rojas wegen der Veruntreuung von 30 Millionen Quetzales [*etwa 3,5 Mio. €]* im Verteidigungsministerium auf. Im Jahr 2017 reichte die Sonderberichterstatterin gegen Folter, Silvia Villalta, eine Beschwerde gegen sie wegen der angeblichen Erlassung unrechtmäßiger gerichtlicher Entscheidungen ein.
La Hora enthüllte eine Untersuchung, wonach der von Estrada Barrientos geleitete Justizdisziplinarausschuss in mehr als 100 Verwaltungsbeschwerden Richter*innen, die von den USA oder anderen Regierungen sanktioniert wurden, begünstigt hat, indem er diese Beschwerden zu den Akten legte oder abwies. Estrada erhielt eine Punktzahl von 73,73. Bei der Abstimmung in der Kommission sprachen sich 13 Mitglieder für Estrada aus, zwei stimmten mit Nein.

2. CÉSAR AUGUSTO ÁVILA APARICIO
Ávila Aparicio blickt auf eine 30-jährige Laufbahn als Rechtsanwalt und Notar zurück. Er verfügt über einen Master-Abschluss in Strafrecht und einen Doktortitel in Strafrecht und Strafprozessrecht. Zudem war er als Dozent an verschiedenen Universitäten des Landes tätig. Von 1995 bis 2014 war Ávila Aparicio als selbstständiger Rechtsanwalt tätig, wie aus den eingereichten Unterlagen hervorgeht.
Im Jahr 2014 wurde er vom Kongress zum ordentlichen Richter gewählt und daraufhin in die Gemischte Kammer des Berufungsgerichts des Departements Chiquimula berufen, wo er das Amt bis September 2023 ausübte. Zudem war er auch Mitglied der Gemischten Kammer des Berufungsgerichts des Departements Zacapa.
Zudem ist hervorzuheben, dass er während der X. Legislaturperiode (2024-2028) mit den Stimmen von 112 Abgeordneten, darunter von der Regierungspartei SEMILLA und von verbündeten Fraktionen, zum stellvertretenden Richter ernannt wurde. Auch einige Abgeordnete, die als oppositionell gelten, stimmten für ihn, während die Fraktionsvorsitzenden von VAMOS, Allan Rodríguez, TODOS, Felipe Alejos, und UNIONISTA, Álvaro Arzú, gegen ihn stimmten.
Er erhielt eine Bewertung von 92,13 in seiner Akte und in der Nominierungssitzung insgesamt 10 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen.

3. JULIO CÉSAR RIVERA CLAVERÍA
Rivera Clavería ist Rechtsanwalt und Notar mit langjähriger Erfahrung in den Bereichen öffentliche Sicherheit und staatliche Verwaltung, die bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Er hatte hochrangige Ämter inne, darunter das des stellvertretenden Sicherheitsministers in der Regierung von Otto Pérez Molina (2012), des Generaldirektors für Strafvollzug und des Direktors der Finanzpolizei.
In der Zeit, in der Juan José Rodil Peralta die Justizbehörde leitete (1992–1994), war er als Generalsekretär der Institution tätig. Neben seiner Verwaltungskarriere besitzt er einen Master-Abschluss in öffentlicher Sicherheit der Universidad Galileo, wo er seit 2008 in den Bereichen Kriminalistik, Kriminalpolitik und organisierte Kriminalität lehrt.
Seit 2010 bewirbt er sich wiederholt um das Amt des Leiters der Staatsanwaltschaft und stand zweimal (2010 und 2014) auf der finalen Kandidatenliste. Im politischen Bereich war er 2023 Präsidentschaftskandidat der Partei Mi Familia und war als Berater im Kongress und in der Stadtverwaltung von Guatemala tätig. Seine Qualifikation wurde durch Erwähnungen in Berichten der inzwischen aufgelösten CICIG in Frage gestellt: So wurde er mit historischen Schmugglernetzwerken wie dem „Red Moreno" in Verbindung gebracht – Vorwürfe, die Rivera entschieden zurückgewiesen hat. Derzeit ist er als Berater und Experte für strategische Geheimdienstfragen und öffentliche Sicherheit tätig.
Er erzielte eine Punktzahl von 88,93, und bei der Abstimmung gaben die Kommissionsmitglieder insgesamt 11 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen ab.

4. GABRIEL ESTUARDO GARCÍA LUNA
García Luna ist Rechtsanwalt und Notar mit mehr als 25 Jahren Erfahrung im Justizwesen und im akademischen Bereich. Seine Laufbahn in der Justiz reicht von Hilfsfunktionen bis hin zur Richtertätigkeit, wobei insbesondere seine Tätigkeit als Richter II der Gemischten Regionalkammer des Berufungsgerichts von Cobán (2014–2023) und als Richter der erster Instanz am Zweiten Strafgericht von Mixco hervorzuheben ist. Im Verwaltungsbereich war er von 2016 bis 2023 Vorsitzender des Justizdisziplinarausschusses des Rates für die Richterlaufbahn.
Derzeit ist er als Strafrechtsberater in der Oberstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Nation (PGN) tätig und hat eine Festanstellung als Dozent im Master- und Bachelorstudiengang an der Universität Rafael Landívar, mit einem Schwerpunkt auf Strafprozessrecht und Ermittlungstechniken.
Im Jahr 2022 gehörte er zu den Kandidat*innen für die Leitung der Staatsanwaltschaft. Unter seinem Vorsitz im Justizdisziplinarausschuss verhängte dieses Gremium eine 20-tägige Suspendierung ohne Bezüge gegen die Richterin Rocío Murillo, die mit Verwaltungsversäumnissen im Fall des Kinderheims „Hogar Seguro Virgen de la Asunción" in Verbindung gebracht wurde. Während seiner Amtszeit wurden Verwaltungsbeschwerden gegen Persönlichkeiten des Justizwesens wie die damalige Richterin María Eugenia Morales Aceña und den Richter für besonders schwere Straftaten, Miguel Ángel Gálvez, bearbeitet; letztere wurde abgelehnt.
Er erzielte eine Punktzahl von 86,21. García Luna erhielt 10 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen seitens der Nominierungsstelle, was ihm den Einzug in die Liste sicherte. [*Er ist damit der erste, der wenig Kritik erfahren hat, d. Red.*].

5. ZOILA TATIANA MORALES VALDIZÓN

Morales Valdizón ist Rechtsanwältin und Notarin mit einer über 35-jährigen Berufserfahrung, die fast ausschliesslich mit der Staatsanwaltschaft verbunden ist. Ihr Profil verbindet fachliche Spezialisierung mit Erfahrung in der Verfolgung von Straftaten mit gesellschaftlicher Tragweite. Sie hat einen Master-Abschluss in geistigem Eigentum und ist Spezialistin für Menschenrechte der USAC. Im akademischen Bereich war sie als Dozentin an der Fakultät für Ingenieurwissenschaften derselben Hochschule tätig.

Innerhalb der Ermittlungsbehörde hatte sie Positionen mit hoher Verantwortung inne, darunter die der Sektionsstaatsanwältin in den Abteilungen für Verwaltungsdelikte, Umweltdelikte und geistiges Eigentum. Als Sonderstaatsanwältin leitete sie Ermittlungen von nationaler und internationaler Bedeutung, wie den Fall Myrna Mack, den „Gobernación-Fall“ und die Ermittlungen gegen General Manuel Antonio Callejas.

Darüber hinaus war sie Mitglied der Einheit für transnationale Kriminalermittlungen (TCIU) und leitete wegweisende Ermittlungen wie den Fall „Espionaje Postal“ und den Fall „Conexión Panamá“, in deren Rahmen sie sogar Drohungen gegen ihre Person anzeigte. Ihre Laufbahn endete mit Aufgaben in der Staatsanwaltschaft für Femizid nach einer langjährigen Tätigkeit in der Staatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung.

Sie erzielte eine Punktzahl von 70,28 und erhielt im Nominierungsausschuss insgesamt 10 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen. [*Das klingt alles ziemlich professionell und rechtsstaatlich orientiert, findet die Redaktion.*]

6. NÉCTOR GUILEBALDO DE LEÓN RAMÍREZ

Nector Guilebaldo de León Ramírez verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung, die er als Richter und in leitenden Positionen bei der Staatsanwaltschaft gesammelt hat. Während seiner Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft war er von 2004 bis 2012 als nationaler Koordinator der Abteilung für Rechtsmittel tätig und hatte zuvor in den Jahren 2002–2003 das Amt des amtierenden Generalstaatsanwalts inne. Im Justizbereich war er von 2014 bis 2023 Vorsitzender der Vierten Berufungskammer für Strafsachen und gehörte als stellvertretender Richter dem Plenum des Obersten Gerichtshofs an.

Im akademischen Bereich verfügt er über einen Master-Abschluss in Strafrecht, den er mit der Auszeichnung Cum Laude an der Universidad Mariano Gálvez erwarb, und hat eine Karriere als Dozent im Postgraduiertenbereich an der USAC aufgebaut.

Dies ist nicht das erste Mal, dass er es in die engere Auswahl der Kandidaten geschafft hat, da er bereits 2022 in die finale Runde vorrückte. Seine richterliche Tätigkeit umfasst die Bearbeitung von Fällen mit grosser Tragweite, wie beispielsweise die Empfehlung zur Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Gilmar Othmar Sánchez wegen eines Betrugsfalls im Grundbuchamt und seine Beteiligung als Stellvertretender Richter am Obersten Gerichtshof an der Genehmigung des Ermittlungsverfahrens gegen die Richter des Verfassungsgerichts, Francisco de Mata Vela und Gloria Porras, im Jahr 2020. Darüber hinaus leitete seine Kammer das Verfahren zur Aufhebung der Immunität des ehemaligen Bürgermeisters Edwin Escobar ein und hob die Einstellung des Verfahrens im Fall „Bufete de la Impunidad“ auf.

Der Kandidat selbst wurde wegen Amtsmissbrauchs angeklagt, nachdem er in einem Beschluss die Freilassung der ehemaligen Richterin Blanca Stalling befürwortet hatte. (La Hora)

Eilmeldung: Und schon ist die Liste wieder einkassiert!

Das Verfassungsgericht hat die Liste schon wieder einkassiert, mit der Begründung, dass Erfahrungen als Richter*in zu sehr berücksichtigt worden waren. Die Verfassungsklage kam – wie so oft – von Raul Falla, dem Anwalt der rechtsextremen Stiftung gegen Terrorismus.

Was folgt? Der Präsident muss die Liste zurückweisen und die Kommission hat 48 Stunden Zeit, eine neue Liste zu erstellen. Fast alles wieder auf Anfang.

¡Fijáte!
http://fijate.guatemala.de
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache **www.facebook.com/fijateMagazin**

Redaktion: fijate@mail.de
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Dr. Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!,** registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:
IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6